

Erbprinz: Grosse Schritte zur Sicherung der Altersvorsorge nötig

Neujahrsinterview Erbprinz Alois ist froh, dass das Volk «Ja» zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes gesagt hat. Für ihn ist jedoch klar, dass noch weitere Reformen nötig sein werden.

VON DORIS QUADERER

Erbprinz Alois hofft, dass auch die AHV-Reform und die Reform der betrieblichen Personalvorsorge noch in dieser Legislaturperiode behandelt werden. «Ein Aufschieben auf später würde uns teuer zu stehen kommen», ist der Erbprinz über-

zeugt. Er geht davon aus, dass es auch im Bereich der Pflege noch Reformen brauchen wird, denn auch hier müsse man sich Gedanken machen, wie man die Pflegekosten in Zukunft stemmen wolle. Im «Volksblatt»-Neujahrsinterview äussert sich der Erbprinz auch zur Verkehrspolitik. «Wenn es nicht zu einer S-Bahn kommen sollte, dann werden wir uns über andere Massnahmen Gedanken machen müssen.» Ihm schwebt da beispielsweise ein «Roadpricing» zu Stosszeiten vor, sprich, dass für die Benutzung der Strassen in irgendeiner Form Gebühren erhoben werden.

«Reformen auf später zu verschieben, würde uns teuer zu stehen kommen.»

ERBPRINZ ALOIS

GESCHÄFTSFÜHRENDES STAATSOBERHAUPT

Verständnis hat der Erbprinz dafür, dass der Landtag mit einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) dem Post-Debakel auf den Grund gehen will. Schliesslich gehe es dabei um Millionenbeträge, die zur Sanierung aufgewendet werden müssten, sagt er im Interview. Allerdings hofft er, dass diese Untersuchungskommission nicht in politischen Geplänkeln ende. Einen Verkauf der Post könnte Erbprinz Alois zum jetzigen Zeitpunkt nicht befürworten. «Zuerst sollten wir die Post sanieren, sie jetzt übereilt zu verkaufen, halte ich nicht für sinnvoll, zumal der eigentliche Postbe-

trieb in Liechtenstein Gewinne macht.» Allerdings müsse man sich natürlich längerfristig die Frage stellen, ob der Staat der richtige Eigentümer ist oder nicht.

Transformation gut bewältigt

Beeindruckt ist der Erbprinz davon, was am Finanzplatz in den letzten Jahren bewegt wurde. «Angesichts dessen, dass unser Finanzplatz im Vergleich zu anderen Finanzplätzen besonders stark herausgefordert war, haben wir diesen Übergang bisher recht gut bewältigt. Aber wir sind noch nicht am Ende dieser Transformation. Wir werden sicher noch die nächsten drei, vier Jahre sehr damit beschäftigt sein», kommentiert Erbprinz Alois die Entwicklung am Finanzplatz. **Seiten 4 und 5**

Erbprinz: Post-PUK soll nicht in politisches Geplänkel ausarten

Gespräch Zum Jahresrückblick wirft Erbprinz Alois einen Blick auf die Themen, die das Land dieses Jahr beschäftigt haben. Er nimmt Stellung zu Sozialreformen, S-Bahn, Casinos und Sparpotenzial bei Gemeinden und Staat.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Politisch ist das Jahr ja mit einigen «Knallern» zu Ende gegangen. Insbesondere die Abstimmung zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes hat die Gemüter stark bewegt. Wie schätzen Sie das Ergebnis ein?

Erbprinz Alois: Ich halte es für sehr wichtig, dass das Volk der Revision des Krankenversicherungsgesetzes zugestimmt hat. Ansonsten wären vermutlich dringend nötige Reformen im Gesundheitssektor auf längere Zeit blockiert gewesen. Zwar werden in der nächsten Legislaturperiode wahrscheinlich weitere Reformen nötig sein, durch die Revision des Krankenversicherungsgesetzes haben wir aber einen grossen Schritt nach vorne gemacht.

Zwei weitere grössere Sozialreformen betreffend AHV und Pensionskasse haben im Dezember ebenfalls die erste Hürde im Landtag genommen. Sind Sie zuversichtlich, dass diese Reformvorhaben noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können?

Ich hoffe sehr, dass diese beiden Reformvorhaben noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können. Ein Aufschieben auf später würde uns sehr teuer zu stehen kommen. Daher wäre es wichtig, möglichst bald zumindest einige grosse Schritte in Richtung einer dauerhaften Sicherung der Altersvorsorge zu setzen.

All diese Reformen haben ja direkt oder indirekt mit dem demografischen Wandel zu tun. Denken Sie, dass es noch weitere Reformen brauchen wird, beispielsweise im Bereich der Pflege?

Ja, gerade im Bereich der Pflege steigen die Kosten besonders rasant an. Auch hier müssen wir uns Gedanken machen, wie wir das in Zukunft finanzieren können. Ausserdem sollten wir uns überlegen, wie wir in Zukunft genügend Pflegepersonal rekrutieren können.

Ein Thema, das derzeit sehr viele Menschen beschäftigt, ist die Flüchtlingsthematik. Die Politik in Europa agiert total hilflos. Im Sommer haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf einen Umverteilungsschlüssel geeinigt, an dem sich auch Liechtenstein beteiligen will. Passiert ist seither jedoch nicht viel. Mit welchen Gefühlen verfolgen Sie diese Entwicklung? Mein Gefühl ist, dass sich viele Poli-

tiker dieser Thematik aus eher kurzfristigen innenpolitischen Perspektiven widmen. Dies macht es extrem schwer, eine gemeinsame europäische Strategie zu entwickeln. Eine solche wäre aber dringend notwendig, um die Flüchtlingsthematik in den Griff zu bekommen.

Der luxemburgische Premier Xavier Bettel hat kürzlich angekündigt, er wolle eine G-9 der Kleinststaaten gründen. Was halten Sie von der Idee?

Es ist sicher nützlich, wenn sich die Kleinststaaten untereinander möglichst gut abstimmen und auch versuchen, Interessen gemeinsam zu vertreten. Aber man muss realistisch sein, wir sind nun mal Kleinststaaten und wir werden daraus nie eine G-20 machen können. Jedoch ist schon einiges gewonnen, wenn wir unsere Anliegen dadurch besser bei den Grossen wie beispielsweise den G-20 platzieren könnten.

Wenn wir gerade bei anderen Kleinststaaten sind, gibt es etwas, das sich Liechtenstein von dem einen oder anderen noch abschauen könnte?

Ja, wir können immer von anderen Staaten, vor allem von kleinen Staaten, lernen. Kleine Staaten haben teilweise auch sehr ähnliche Herausforderungen, zum Beispiel, dass wir eng mit Nachbarstaaten zusammenarbeiten müssen, um staatliche Leistungen zu erbringen. Mit Luxemburg konnten wir uns in den letzten Jahren auch sehr eng zu Finanzplatzthemen austauschen.

Monaco ist bekannt für sein Spielcasino. In Liechtenstein ist die Vergabe einer Casinolizenz in einen Rechtsstreit ausgeartet. Landtag und Regierung wollen deshalb die Systematik ändern und jedem, der gewisse Auflagen erfüllt, eine Polizeibewilligung ausstellen. Was halten Sie davon?

Die geänderte Systematik dürfte den Vorteil haben, dass das Ausüben von Casinolizenzen nicht mehr so leicht auf dem Rechtswege über längere Zeiträume blockiert werden kann. Es bestehen aber Bedenken, dass es dann für weniger qualifizierte leichter wird, ebenfalls ein Casino zu betreiben. Sehr viel wird jedoch davon abhängen, wie die Auflagen ausgestaltet sein werden, die mit einer Polizeibewilligung verbunden sind. Wenn diese entsprechend hoch sind, dann habe ich wenig Bedenken.

Casinos haben ja teilweise einen schlechten Ruf - es könnte beispielsweise der Geldwäscherei Tür und Tor geöffnet werden, geben einige zu bedenken. Sehen Sie da ein Reputationsrisiko für Liechtenstein?

Natürlich ist mit einem Casinobetrieb ein gewisses Geldwäscherei- und damit auch Reputationsrisiko verbunden. Liechtenstein hat aber in den letzten Jahren gezeigt, dass es Geldwäscherei sehr effektiv bekämpfen kann. Daher bin ich zuversichtlich, dass wir dieses Problem in den Griff haben werden, sofern wir entspre-



chende Auflagen machen und diese auch kontrollieren.

Wie steht es grundsätzlich um die Reputation Liechtensteins? Konnten wir das Image, ein Steuerparadies zu sein, weitgehend hinter uns lassen oder sind da noch Anstrengungen nötig?

In den letzten Jahren hat sich die Reputation Liechtensteins wesentlich verbessert. Das habe ich gerade in jüngster Zeit wieder von verschiedenen Seite bestätigt bekommen. In den heutigen Zeiten ist aber eine ständige Arbeit an der Reputation nötig.

Was vor wenigen Jahren noch als undenkbar galt, wird in wenigen Tagen Realität - der automatische Informationsaustausch (AIA) von Bankkundendaten. Im Jahr 2016 werden erstmals Daten gesammelt, welche ab 2017 dann ausgetauscht werden. Liechtenstein gehört zu den Early Adopters, also den Muster-schülern des AIA. Wenn man Ihnen das vor acht Jahren gesagt hätte, hätten Sie eine so rasante Umkehr für möglich gehalten?

Wir haben zwar vor acht Jahren daran gearbeitet, uns für eine Zeit des Informationsaustausches in Steuerfragen vorzubereiten. Ob es aber überhaupt zu einem automatischen Informationsaustausch kommen wird und wenn ja, wie schnell dieser kommen würde, war damals noch sehr unklar. Es gab jedoch

durchaus Stimmen, die der Meinung waren, es könnte rasch gehen. Deswegen hatten wir uns auch schon erste Gedanken gemacht, Wege zu finden, um Kunden des Finanzplatzes beziehungsweise den Finanzplatz erfolgreich in so eine Zeit zu überführen.

Wie hat der Finanzplatz den Übergang in die Steuerkonformität aus Ihrer Sicht bewältigt?

Angesichts dessen, dass unser Finanzplatz im Vergleich zu anderen Finanzplätzen besonders stark herausgefordert war, haben wir diesen Übergang bisher recht gut bewältigt. Aber wir sind noch nicht am Ende dieser Transformation. Wir werden sicher noch die nächsten drei, vier Jahre sehr damit beschäftigt sein.

Doch die Herausforderungen bleiben gross. Die hiesigen Banken stehen in einem Wettbewerb, auch mit Online-Finanzdienstleistern, die innovative Lösungen auf den Markt bringen. In welchen Bereichen sehen Sie die Chancen und Risiken für den Finanzplatz?

Chancen sehe ich vor allem in den Bereichen, wo die grössten Standortvorteile des Finanzplatzes liegen. Das sind unsere sehr hohe politische und wirtschaftliche Stabilität und unsere attraktiven regulatorischen Rahmenbedingungen, insbesondere das niedrige Niveau von Steuern und sonstigen Abgaben. Dazu zählen

aber auch die hohe Qualität der Dienstleistungen, das grosse Know-how im Verwalten von grossem Vermögen und die gleichzeitigen Marktzugänge zur Schweiz und zum europäischen Binnenmarkt. Wichtig sind sicher auch die sehr direkten Wege zwischen den Unternehmen und den Behörden.

Regierungschef Adrian Hasler hat kürzlich eine Innovationsinitiative gestartet. Er zielt damit nicht nur auf Finanzdienstleistungsunternehmen ab, sondern möchte generell die Gründung von Start-Ups in Liechtenstein fördern. Kernstück ist die Rechtsform «Liechtenstein Ven-

PERSÖNLICH GEFRAGT

«Volksblatt»: Wo feiern Sie Silvester?

Erbprinz: Dieses Jahr werde ich bei meinem Bruder Silvester feiern.

Sind Ihre Kinder dann mit dabei?

Ja, es werden auch unsere Kinder mitkommen.

Gibt es spezielle Festtagsrituale auf dem Schloss?

Nein, die Festtagsrituale unterscheiden sich nicht gross von anderen Familien in unserer Gegend. Es gibt einen Christbaum - nur das Singen ist keine Stärke der Familie.



Erbprinz Alois im Gespräch mit «Volksblatt»-Chefredakteurin Doris Quaderer. (Fotos: Michael Zanghellini)

ture Cooperative», damit sollen sich Erfinder, Unterstützer und Investoren in einem rechtssicheren Rahmen zusammenfinden. Was halten Sie davon?

Diese Rechtsform ist eine innovative, interessante Idee. Aber natürlich muss sich zuerst noch weisen, ob dafür im Markt auch ein entsprechender Bedarf ist. Es ist jedoch sicher richtig, wenn man auch bei der Regulierung versucht, innovativ zu sein und mit verschiedenen Neuerungen noch attraktivere Rahmenbedingungen für den Standort zu schaffen.

Egal ob Start-Up, KMU oder Grossbetrieb - alle brauchen Fachkräfte. Mittlerweile sind mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer Grenzgänger. Müsste aus Ihrer Sicht die Zuwanderung gelockert werden?

Bis jetzt konnten wir den Bedarf an Fachkräften ganz gut abdecken. Dies, indem wir sie auch im näheren Umfeld als Grenzgänger angesiedelt haben. Dies könnte schwieriger werden, wenn die Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz für uns ungünstig umgesetzt wird. Momentan sehe ich in Liechtenstein aber nicht den politischen Willen, dass man an der Zuwanderung grundsätzlich etwas ändert.

Im Jahr 2014 sind rund 500 Arbeitsplätze in Liechtenstein geschaffen worden. Kann das Wachstum in

dem Tempo weitergehen oder müsste die Politik da regulierend eingreifen?

Aus meiner Sicht wäre es problematisch, wenn man versuchen würde, Arbeitsplätze zu verhindern. Ich kann mir aber vorstellen, dass sich das Wachstum automatisch reduziert, falls sich aufgrund der strengen Zuwanderungsregelung nicht mehr ausreichend Fachkräfte rekrutieren lassen.

Das Arbeitsplatzwachstum bringt auch mehr Verkehr. Das S-Bahn-Projekt «FLA-CH» liegt auf Eis. Sehen Sie in Bezug auf die Verkehrsinfrastruktur Handlungsbedarf?

Ich sehe am meisten Handlungsbedarf im Bereich des Pendlerverkehrs. Wenn es nicht zu einer S-Bahn kommen sollte, dann werden wir uns über andere Massnahmen Gedanken machen müssen, wie beispielsweise ein Roadpricing zu Stosszeiten oder andere Varianten des Mobility-Managements.

Einer der grössten Arbeitgeber Liechtensteins ist der Staat selbst, gäbe es da aus Ihrer Sicht noch Optimierungspotenzial? Könnten noch mehr Bereiche ausgelagert werden?

Das Auslagern von Bereichen der staatlichen Leistungserbringung an

Private, die dann diese Leistungen im Auftrag des Staates erbringen, kann vor allem dort sinnvoll sein, wo Private auch untereinander in einem Wettbewerb stehen. Schwieriger wird es dort, wo es eine Monopol-situation gibt. Am meisten Optimierungspotenzial würde sich aus einem Verzicht auf gewisse staatliche Leistungen ergeben.

Könnten Sie dazu ein Beispiel nennen?

Da der Abbau von staatlichen Leistungen ein schwieriger Prozess ist, halte ich es für sinnvoller, zuerst einmal genau festzuhalten, welche Leistungen der Staat heute alles erbringt, und dann mit der Bevölkerung in einen Dialog zu treten, welche dieser Leistungen auch noch in Zukunft durch den Staat erbracht werden sollen.

Die dem Staat angegliederten Betriebe tun sich

schwer - einerseits sollten sie innovativ sein und auch Risiken wagen können, andererseits kann das - wie aktuell im Fall der Post - auch massiv danebengehen. Dann muss der Steuerzahler einspringen. Der Versuch, die Telecom wieder unter die Fittiche der Swisscom zu geben, ist politisch gescheitert. Wäre es im Fall der Post klug, diese wieder an die Schweizer Post zu verkaufen? Zuerst sollten wir die Post sanieren.

Sie jetzt übereilt zu verkaufen, halte ich nicht für sinnvoll, zumal der eigentliche Postbetrieb in Liechtenstein Gewinne macht. Aber natürlich wird man sich auch bei der Post langfristig immer wieder die Frage stellen müssen, ob der Staat der richtige Eigentümer ist oder nicht.

Können Sie nachvollziehen, dass der Landtag dem Post-Debakel mit einer parlamentarischen Untersuchungskommission auf den Grund gehen will?

Ja, ich kann das verstehen. Es müssen ja auch mehrere Millionen an Steuergeldern eingesetzt werden. Ich hoffe nur, dass die parlamentarische Untersuchungskommission nicht in politischen Geplänkeln endet, sondern dass man sachlich versucht, aus dem Fehler zu lernen, um in Zukunft ähnliche Probleme bei anderen Staatsbetrieben zu vermeiden.

Der Staat spart und die Gemeinden erzielen Überschüsse. Stimmt das etwas im System nicht, sprich, müssten die Finanzen anders umverteilt werden?

Im Rahmen der Sparpakete wurden schon zweimal die Finanzzuweisungen an die Gemeinden gekürzt. Vielleicht besteht noch Raum, um ein drittes Mal bei den Gemeinden anzusetzen. Es gibt auch Gemeinden mit beträchtlichen Steuereinnahmen, die vor allem auf staatliche Rahmenbedingungen und weniger

auf die Eigenleistung der Gemeinden zurückzuführen sind. Vielleicht würde es sich lohnen, kreativ darüber nachzudenken, wie man diese Einnahmen anders verteilen kann, ohne dass man gleichzeitig negative Anreize für das Haushalten der Gemeinden setzt.

Könnten die Gemeinden aus Ihrer Sicht enger zusammenarbeiten, um Kosten zu sparen? In der Schweiz hat es in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Gemeindefusionen gegeben, wäre das auch in Liechtenstein denkbar?

Natürlich sind auch in Liechtenstein Fusionen von Gemeinden denkbar. Man kann aber schon etliche Einsparungen erreichen, indem Gemeinden stärker bei der Erbringung ihrer Leistungen zusammenarbeiten. Es gibt Bereiche, zum Beispiel bei der Abwasserversorgung, wo die Gemeinden schon seit Jahrzehnten kooperieren. Es lassen sich sicherlich noch viele andere Bereiche für gemeinsame Leistungserbringung finden.

Abschliessend: Was wünschen Sie Liechtensteins Einwohnern für das kommende Jahr?

Ich wünsche den Einwohnern Liechtensteins für das kommende Jahr Zufriedenheit, gute Gesundheit und Gottes Segen.